

Friedenslogik statt Sicherheitslogik – Zur Zukunft ziviler Konfliktbearbeitung

Hanne-Margret Birckenbach

Skepsis in der Friedensbewegung

Vorbehalte gegen das Konzept der Zivilen Konfliktbearbeitung (ZKB) gibt es auch in Kreisen der Friedensbewegung (FB). Nur eine kleine Gruppe ist an der Entwicklung, Mitwirkung und an den Erfahrungen wirklich interessiert. Christine Schweitzer hat sich umgehört und gefragt: Warum tut sich die Friedensbewegung so schwer mit der Rolle konstruktiver Alternativen? Sie berichtet, dass viele Mitstreiter in der FB die Aufgabe von Friedensbewegung darin sehen, Missstände zu benennen, Empörung zu wecken und diese auf der Straße sichtbar zu machen. Auch fehle es oft schlicht an Wissen. Ferner sei „Zivile Konfliktbearbeitung“ ein Sammelbegriff, was die Propagierung als Alternative erschwere. Ich vermute in diesem Argument die Kritik an der sogenannten „Toolbox“, also an einer Zusammenstellung von politischen Instrumenten, die in Konfliktsituationen prinzipiell eingesetzt werden können. Diese Zusammenstellung hat die Vorstellungen über Alternativen zum Krieg sowohl bereichert wie auch technokratisch verkürzt. Schließlich gebe sie, wer der Politik Alternativen der zivilen Konfliktbearbeitung vorschläge, in die Ebenen der Realpolitik und damit auch in die Gefahr, seine Radikalität zu verlieren und vereinnahmt zu werden. Ich interpretiere dieses Argument als Sorge, durch Mitwirkung in der Praxis und durch den Dialog mit den Praktikern irgendwie beschädigt zu werden.

Mir scheint es sinnvoll, sich mit diesen Einwänden und ihrem Erfahrungshintergrund auseinanderzusetzen. Denn sie machen auf Fallstricke aufmerksam, und eine Diskussion über die Einwände könnte nützlich sein, um neue Verbindungen zwischen der aktionsorientierten Friedensbewegung und den Profis der ZKB zu knüpfen.

Rückblick

Die Diskussion um Zivile Konfliktbearbeitung kam in Deutschland in Gang, als der Ost-West-Konflikt zu Ende ging. Damals hatte man sich in der Friedensbewegung durchaus für die Propagierung von sicherheitspolitischen Alternativen zur Abschreckung interessiert. Es ging in der Friedensbewegung ja keinesfalls nur um Raketen, wie heute häufig behauptet wird, sondern z.B. auch um Themen wie Soziale und Defensive Verteidigung, um Konversion von Rüstungsindustrie und Militärgelände, um Friedenserziehung, um kommunale Friedenspolitik und die Kommunikation zwischen Angehörigen der Konfliktparteien in Ost und West. Andreas Buro gehörte zu denjenigen, die in der Helsinki-Bewegung versuchten, den Dissens zwischen den Gruppen in Ost- und Westeuropa mit konstruktiven Vorschlägen zur Zivilen Konfliktbearbeitung und zum europaweiten Aufbau von Zivilen Friedensdiensten zu überbrücken. 1991 gehört

er zu den Initiatoren der Friedenskarawane in Jugoslawien, organisiert eine internationale Konferenz in Sarajewo, damals noch in der Hoffnung, den drohenden Krieg verhindern zu können. Er führte Gespräche über Demokratie, soziale Bewegungen, Opposition, Minderheiten und Bildung in Georgien, Belarus und der Ukraine usw. Immer reden, reden, reden und dabei eine friedensorientierte Haltung einnehmen – das war es, was man damals jenseits der Warnungen vor den Folgen der Rüstung praktisch im Sinne des Postulats der Zivilen Konfliktbearbeitung tun konnte.

Jeder, der an Frieden interessiert war, konnte damals in irgendeiner Form einfach mitmachen. ZKB war ein unbeschriebenes Blatt. Kaum jemand wusste, was sich hinter diesem Stichwort verbergen könnte – weder in der Politik, noch in der Zivilgesellschaft. Man probierte, was eben gerade ging, machte Erfahrungen, erzählte, schrieb sie auf, und suchte neue Gelegenheiten. Wie nie zuvor wurde über Versöhnung, Verhandlung, Vermittlung, Tatsachenermittlung, Beobachtung und Begleitung diskutiert. Junge Menschen ließen sich zu Wahlbeobachtern ausbilden und machten Praktika bei der KSZE/OSZE. Auch die Diplomatie nutzte in vielen Fällen das zivilgesellschaftliche Engagement. Und sie gewährten auch stärker als zuvor einen Blick hinter die Kulissen. Auch als Wissenschaftlerin war ich begeistert, Analyse und Praxis zu verbinden, die Arbeit war ungeheuer interessant, es erschlossen sich mir beinahe täglich neue Welten. Großartig dabei gewesen zu sein.

Dann trat Enttäuschung ein. Andreas Buro hat früh davor gewarnt. Es kam zu einer breiten Distanzierung vom Begriff Frieden und Friedensarbeit in Politik und Medien. Nicht nur der aufstrebende grüne Außenminister, auch viele ParteifreundInnen machten diese Distanzierung zu ihrem wichtigsten Anliegen. Alle Themen, die zuvor Teil der Friedensdiskussion waren, einschließlich Ökologie und Klimawandel, wurden als Sicherheitsfragen behandelt. Lothar Brock hat in Deutschland wohl als erster auf die Folgen hingewiesen und die Mitverantwortung von Friedens- und Konfliktforschung und auch der menschenrechts- und entwicklungspolitisch orientierten Zivilgesellschaft benannt, weil sie versuchten, ihre jeweiligen Themen aufzuwerten, in dem sie diese zu einer Frage von Sicherheit machten. So wurde aus „Frieden als Abwesenheit von Gewalt und als Befriedigung von Grundbedürfnissen“ und „Frieden im Sinne der Bewahrung der Schöpfung“ die „Menschliche“ und die „Ökologische Sicherheit“. Brock warnte schon Ende der 1990er Jahre, das Bekenntnis zu einem erweiterten Sicherheitsbegriff könne sich als Pyrrhussieg erweisen. So plädierte er dafür, den Sicherheitsbegriff wieder einzuschränken. Und er definierte als Aufgabe der ZKB, sich in die militärische Sicherheitspolitik einzumischen, die Eindämmung und Einhegung von Gewalt voranzutreiben und die kriegerische Anwendung von Zwangsgewalt in einem staatenübergreifenden Rechtsfrieden aufzuheben.

Tatsächlich wurde auch der Bereich der Zivilen Konfliktbearbeitung von der „Versicherlichung“ erfasst. In der plötzlichen Überfülle der konzeptionellen und praktischen Arbeit verlor

sie ihre friedentheoretische Anbindung und die friedenspolitische Einbindung. Vielleicht kann man sagen, die Friedensidee der Zivilen Konfliktbearbeitung wurde gekapert und ließ sich kapern. Sie wurde von der friedenspolitischen Bindung gelöst und war nun in einem sicherheitspolitischen Netz gefangen. Dies geschah schon vor der Erstellung des Aktionsplans der Bundesregierung „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“. Die politische Umdeutung begann in den 1990er Jahren mit der Propagierung neuer Formen zivil-militärischer Zusammenarbeit. Während der Balkankriege wurde um ZKB als Alternative zu Militäreinsätzen gestritten, dann wurde sie durch Militärisches ergänzt, schließlich wurde sie zur Ergänzung von Militäreinsätzen. 2002 und 2003 wurde dies unter dem Stichwort CIMIC von der NATO zur militärischen Doktrin erklärt und 2009 für die Bundeswehr festgeschrieben. Alle Bundeswehreinheiten enthalten heute sogenannte CIMIC-Einheiten. Sie sollen die Streitkräfte unterstützen, ihre Akzeptanz erhöhen, sie dadurch in den Einsatzländern schützen sowie Kontakte im Einsatzgebiet herstellen und pflegen. Für die politische Ebene gibt es den sog. Ansatz der umfassenden, vernetzten Sicherheit.

Diese Vereinnahmung frustrierte viele der engagierten zivilgesellschaftlichen Gruppen aus der Entwicklungs-, Menschenrechts- und Friedensarbeit. Die heute gehegte Skepsis aus der Friedensbewegung scheint berechtigt. War ZKB damit als friedenspolitisches Konzept gescheitert? Auf diese Frage werden unterschiedliche Antworten gegeben.

Ambivalenz von Veränderungsprozessen

Niemand bestreitet, dass die Idee und die Programmatik der ZKB bislang nicht dazu geführt hat, die Option, Kriege zu führen, aus dem politischen Repertoire zu verbannen. Dass dies auf anderen Wegen z.B. mit Demonstrationen gegen die Militarisierung der Außenpolitik auch nicht gelungen ist, tröstet nicht. Dass ohne ZKB und ohne Protestdemonstrationen alles noch schlimmer gekommen wäre, ist denkbar, aber das wissen wir nicht.

Auch über die Prognose von Andreas Buro besteht wohl Einigkeit: In seinen Lebenserinnerungen schreibt er: „Der Wandel von militärischer zur ZKB und die entsprechende Abrüstung werden jedoch nicht schnell zu erreichen sein. Dazu sind die mit Rüstung und Militär verbundenen Interessen, die sie stützenden Gruppen und das traditionelle Denken in Gewalt und Gegengewalt zu stark.“ Die Macht der Rüstungsindustrie scheint ungebrochen. In einer aktuellen Studie des Hamburger Instituts für Weltwirtschaft heißt es: „Die Sicherheitsindustrie bleibt ein Wachstumsmarkt. Das Thema Sicherheit steht angesichts eines unsicheren Zustands der Welt ganz oben auf der Agenda von Politik und Wirtschaft. So wird Sicherheit in den nächsten Jahren und Jahrzehnten weiter an Bedeutung gewinnen und als Megathema auch für die Kapitalmärkte vermehrt Investitions- und Anlagechancen bieten.“ Aber der Druck kommt nicht nur aus der

Rüstungsindustrie. Wenn man mit Politikern in Deutschland spricht, kommt sehr häufig das Argument, die Einbindung in das westliche Bündnis verlange nicht ziviles sondern militärisches Handeln. Evangelische Akademien haben in ihrem dreijährigen Projekt mit Partnern aus Militär, Politik, Zivilgesellschaft und Kirchen über ethische Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik beraten. In ihrem Bericht heißt es: „Eines der zentralen Ergebnisse des Diskursprojektes ist, dass die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik faktisch sehr stark an dem Aspekt der <Bündnistreue> orientiert ist. Dieser Aspekt tritt zwar in der öffentlichen Debatte in den Hintergrund, in den Begründungen der politisch Verantwortlichen spielt er aber eine entscheidende Rolle.“ Die weiteren Ausführungen münden in die skeptische Frage, ob und wie sich unter der faktischen Bedingung von Bündnistreue überhaupt eine friedens- und sicherheitspolitische Konzeption für Deutschland erarbeiten lasse.

Trotz dieser Entmutigung ist es nicht ausgeschlossen, dass sich aus den zaghaften Ansätzen zur Entwicklung von ZKB ein Prozess entwickelt, der auch in der Außenpolitik zu einer Zivilisierung des Konfliktaustrages führt, wie wir ihn aus der Innenpolitik durchaus kennen. Andreas Buro jedenfalls hat eine solche Möglichkeit nicht ausgeschlossen. Es sei immerhin vorstellbar, dass über lange Verkettungen der gewaltsame militärische Konfliktaustrag zurückgedrängt wird, ihm immer mehr Handlungsfelder entzogen werden, die Potentiale zur Konfliktbearbeitung und Kriegsprävention ausgebaut werden und dadurch auch in der öffentlichen Wahrnehmung an Gewicht gewinnen und dass frühzeitig kritische Informationen zu drohenden Konflikten vermittelt werden, sich darüber eine öffentliche Debatte entzündet und eine energische Lobby- und Medienarbeit verbunden mit Vorschlägen zur Prävention betrieben wird.

Was sagt die Empirie? In der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung und ihren Mitgliedsorganisationen verweist man auf die Ambivalenz der bisherigen Erfahrungen, sieht Erfolge und kritisiert die Unstimmigkeiten.

Als positive Entwicklung ist erkennbar, dass in der Zusammenarbeit mit den politischen Institutionen, vor allem dem BMZ und dem Auswärtigen Amt durchaus Neues entstanden ist. Eine Verstetigung der Diskussion um ZKB, ein zwar unzureichender, aber doch erkennbarer Mittelaufwuchs, die staatliche Förderung von Projekten der ZKB über die Entwicklungszusammenarbeit und die Friedensdienste, die Generierung von vielen Erfahrungen und ein Schatz voller Erkenntnisse und Spezialwissen über ZKB im Praxistest. Hinzu kommen kleine Strukturveränderungen – Institutionen also, in denen es auch PazifistInnen und Weggefährten von Andreas Buro wie Konrad und Helga Tempel und vielen anderen gelungen ist, ihre Ideen und Haltungen politisch einzufädeln. Dazu zählen das Forum ZFD, die kleine Akademie für Konflikttransformation, das zivik-Programm des Instituts für Auslandsbeziehungen, die AG Frieden und Entwicklung sowie auch Strukturveränderungen im Auswärtigen Amt. Mit Beratung der Berghofstiftung für Konfliktforschung und anderen Mediationsspezialisten entsteht dort zur Zeit eine

Abteilung für Mediation und Unterstützung von Mediationsprozessen, mit der sich das Amt versucht, als Vermittler zu profilieren.

In der Plattform ZKB werden jedoch auch die kritischen Punkte diskutiert. Sie werden allerdings nicht als Einwände gegen ZKB, sondern als Ausdruck von Konflikten um ZKB verstanden und entsprechend aufgegriffen.

In einer hinreißenden Präsentation hat Natascha Zupan von der AG FRIENT bei der Plattformtagung im April darauf hingewiesen, wie die Bewertung aus Sicht von vier fiktiven zivilgesellschaftlichen Partnern in den sog. Empfängerländer aussieht, die Kooperationsmöglichkeiten für Friedensförderung vor Ort und Friedenspolitik auf internationaler Ebene auszuloten versuchen. Ihr Ergebnis: Projektgelder fließen in die Krisen- und Kriegsgebiete, aus denen Flüchtlinge kommen, also abhängig von deutschen Interessen und nicht von lokalen Bedürfnissen – aber sie fließen kaum erkennbar in Friedensprojekte. Es werden viele Papiere und Evaluationen, Dokumente und Konzepte zur Krisenprävention und Friedensförderung und ein Aktionsplan verfasst, aber es ist unklar, was mit ihnen geschieht. Auch die Peacebuilding Community hat keine klaren Vorstellungen darüber, wie Friedensförderung langfristig aufgestellt werden kann. Die deutschen Projektmitarbeiter sind alle überarbeitet und haben keine Zeit für ein Gespräch, die westlichen Friedensvorstellungen passen nicht zur tatsächlichen Lage und man frage sich nach dem Sinn. So ergeht der Vorschlag an die deutsche Community, sich mehr Zeit für Diskussion und Reflexion zu nehmen.

Das ist nur eine Stimme aus der Reflexion über politische Vereinnahmung und Erfahrungen mit Friedensarbeit mit und ohne staatlichem Auftrag, über Friedensarbeit in Abhängigkeit oder in Selbstständigkeit. Diese Methode, die eigene Arbeit selbst einmal humorvoll und zugleich konstruktiv mit den Augen der anderen zu betrachten, ist ganz sicher eine Fähigkeit, die in Deutschland erst über die Teilnahme an Projekten der ZKB gewachsen ist. Solche Reflexionen während des Ost-West-Konfliktes weit weniger gekonnt zu haben, war und ist vermutlich immer noch eine Belastung für die Zusammenarbeit der Friedensbewegung mit zivilgesellschaftlichen Gruppen in Osteuropa.

Im Rahmen der Plattform ZKB ist auch die friedentheoretische Reflektion um die Ziele neu belebt worden. Aus der Kritik der sicherheitslogischen Vereinnahmung entwickelt sich unter dem Begriff der Friedenslogik eine Programmatik, mit der versucht wird, Friedensorientierung zurückzugewinnen, die Kritik an der Unterausstattung, Vereinnahmung und Einbettung von ZKB zu artikulieren und der Politik Korrekturen abzurufen. Aus dieser theoretischen und erfahrungsgestützten Reflektion hat sich eine erstaunliche Dynamik entwickelt.

2012 stellte die Plattform ihre Jahrestagung unter den Titel „Friedenslogik statt Sicherheitslogik“. So überschrieb sie dann auch einen konkretisierten Forderungskatalog zur Bundestagswahl 2013.

Nun hat die Bundesregierung diese Forderung nicht übernommen. Die Arbeit an einem friedenslogischen Programm hat aber die Selbstverständigung unter sehr heterogenen Institutionen gefördert, war nützlich für die Reflektion einzelner Arbeitsbereiche, für die Erarbeitung von Konfliktanalysen und die Gewinnung neuer Partner im Bereich der Flüchtlingspolitik. Auch hat Susanne Luithlen (Akademie für Konflikttransformation) zum Beispiel mit Hilfe der friedenslogischen Prinzipien sehr eindrucksvoll Stärken und Schwächen des ZFD formuliert. Sie stellt fest, dass der ZFD heute in ein System eingebettet ist, das aktuell überwiegend sicherheitslogisch orientiert ist. Prävention werde zwar gefordert, könne aber nur schwer umgesetzt werden, weil die politische Dringlichkeit für Projekte des ZFD im Fall einer noch nicht eskalierten Situation nicht ausreichend wahrgenommen und anerkannt werde. Die Bemühungen, im Rahmen von ZFD-Projekten auf der lokalen Ebene eine konstruktive Rolle in Krisenregionen zu übernehmen, stehe im Widerspruch zu der geringen Bereitschaft, Mitverantwortung für systemische Ursachen von Unfrieden und die Wirkungen von Rüstungsexporten zu übernehmen. Die Verwaltungsanforderung und die kurzen Projektlaufzeiten seien der Prozessorientierung dialogischer Konflikttransformation oft nicht angemessen. Jobs im ZFD seien vergleichsweise wenig attraktiv, wenn man Bezahlung, Perspektiven und politische Wertschätzung sowie Qualifikationsanforderungen und Eigenverantwortung beachte. Die Personalentwicklung könne daher mit den Anforderungen oft nicht Schritt halten. Die Legitimität des ZFD ließe sich erhöhen, wenn verstärkt Menschen aus Konfliktländern in die Ausbildung zu Friedensfachkräften einbezogen würden und damit die Grenzen zwischen dem „peace maker“ aus dem Norden und dem „peace taker“ im Süden durchlässiger würden. Auch die Lernfähigkeit und der Widerhall in der Politik seien verbesserungsfähig.

In diesem Jahr gehen die Auseinandersetzungen um das Leitbild FRIEDEN in eine neue Runde. 2014 hatte das Auswärtige Amt angekündigt, ein „Leitbild zivile Krisenprävention“ zu entwickeln. Die mit ZKB befassten Organisationen bemühen sich darum, diesen Leitlinienprozess zu beeinflussen. In einer aktuellen Stellungnahme der Plattform heißt es: Ohne friedenspolitische Zielorientierung unterliege ziviles Krisenengagement der Gefahr, in die Fallen einer kurzfristigen Sicherheitslogik zu geraten: Selbstbezüglichkeit, Angst-Entgrenzungen und Eskalation im Handeln. Wirksames Krisenengagement benötige eine Orientierung am Leitbild Frieden und an den friedenslogischen Handlungsprinzipien: Frühzeitiges Handeln im Sinne der Gewaltprävention, Konflikttransformation, Interaktions-, Dialog- und Prozessorientierung, Einhaltung universaler Normen und Offenheit für Kritik, sodass die Institutionen des Krisenengagements und der Friedensförderung zu lernenden Organisationseinheiten werden können.

Wieder ist die Entwicklung weder eindeutig positiv noch eindeutig negativ. Die Auseinandersetzungen zwischen den politischen Akteuren und den zivilgesellschaftlichen Mitgliedsorganisationen der Plattform ist und bleibt asymmetrisch. Auf beiden Seiten streiten heute Profis, aber die Protagonisten einer friedensorientierten ZKB sind schwach, und auch für sie ist unklar, wie und ob sie überhaupt das Vorhaben des AA beeinflussen können. Die Abgeordnete der Linken, Katrin

Vogler, hat aktuell gewarnt, dass das Auswärtige Amt 2016 nur noch von „Leitlinien für das Krisenmanagement“ spricht und dem AA der Begriff des „Zivilen“ irgendwie entfallen sei. Der Leitlinienprozess sieht nun – wie schon zuvor bei der Diskussion um „deutsche Verantwortung“ – eine für die Außenpolitik vergleichsweise neue Form breiter Öffentlichkeitsarbeit vor, modernistisch sogar einen prozessbegleitenden Blog und ähnliche Aktivitäten. Aus Sicht des Auswärtigen Amtes tragen sie „zu einer inklusiven und offenen Diskussionskultur um das neue Grundsatzdokument“ bei. Das Amt macht nun richtig Dampf und lädt unter dem Titel „PeaceLab2016 – Krisenprävention weiter denken“ zur Beteiligung ein. Zumindest die Formulierungen in dieser Einladung klingen vernünftig. Ich bin mir nicht sicher, ob aus der Friedensbewegung überhaupt Impulse für ein – so der Anspruch – „Friedenslaboratorium“ kommen. (Inzwischen sind erste Blog-Beiträge erschienen und nachlesbar (<http://www.peacelab2016.de/peacelab2016/>)). Dass parallel mit dem Weißbuch ganz andere Töne aus dem BMVG erklingen, ist die andere Seite der Medaille.

Zu den Aufgaben der Friedensbewegung

Soll und will sich die Friedensbewegung an einem solchen Prozess beteiligen, und wie könnte das überhaupt geschehen? Andreas Buro sieht in der gesellschaftlichen Beteiligung eine Voraussetzung für den Erfolg von ZKB. Er beschreibt als wesentliche Aufgabe für zivilgesellschaftliche Gruppen, eine kritische Gegenöffentlichkeit zu der Behauptung zu schaffen, durch Militär könne Sicherheit erreicht werden, eine Kultur des friedlichen, auch innenpolitischen Konfliktaustrags zu entwickeln und erfolgreiche Prävention und Zivile Konfliktbearbeitung mit ihrer großen Überlegenheit für Menschen und Wirtschaft in konkreten Fällen öffentlich sichtbar zu machen. Seine These wird von drei Wirkungsannahmen gestützt.

(1) Nur über die breite gesellschaftliche Beteiligung könne es gelingen, dass sich auch in den staatlichen und internationalen Organisationen Mitarbeiterinnen zunehmend für ZKB einsetzen, um ihre je spezifischen Aufgaben besser erfüllen zu können.

(2) Wirkung sei nur als Prozess möglich, den die Friedensbewegung nicht allein gestaltet, sondern an dem sie Anteile hat. Es gelte einen Prozess zu fördern, der in der Praxis dazu führt, dass ZKB immer mehr Mittel und öffentliche Aufmerksamkeit auf sich lenkt und von daher eine Eigen-dynamik erhalte. „Daran“ so hofft er, „können die auf Frieden orientierten Teile der Zivilgesellschaft einen erheblichen Anteil haben.“ Wirkungen erzielen, heißt demnach bescheiden, Anteile an Veränderungsprozessen zu haben. Darin besteht auch der Sinn des 2006 im Rahmen der Kooperation für den Frieden von Andreas Buro angeregten Monitoring-Projekts zur Zivilen Konfliktbearbeitung. Schritt für Schritt und fallbezogen sollte damit das Konzept der ZKB gedacht, erprobt und durchgesetzt werden, um dem Krieg eine seiner Grundlagen zu entziehen – nämlich

den Glauben, es gäbe keine Alternative. So entstanden aufklärende Dossiers zum Irankonflikt, zum kurdisch-türkischen Konflikt, zum Konflikt in Israel und Palästina, Syrien, Afghanistan und Mali. Nur im Fall des Iran gibt es bisher eine positive Entwicklung. Außenminister Steinmeier berichtete, dass US-Außenminister Kerry nach Unterzeichnung des Abkommens in einer sehr emotionalen Reaktion gesagt habe: „Wir haben einen Krieg verhindert.“ Diese Sicht gilt es m.E. zu würdigen. In einigen Punkten stimmt das in dem Dossier vorgeschlagene Verfahren mit dem tatsächlichen Weg überein, den die Außenminister gegangen sind, in der Mehrzahl der Punkte jedoch nicht. Viel ist uneingelöst. Insbesondere gibt es keine Nichtangriffsvereinbarungen zwischen den USA und Israel einerseits und dem Iran andererseits. Es gibt auch kein ernsthaftes Bemühen in der Politik um eine atomwaffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten. Und es gibt auch keine Dauerkonferenz nach dem Vorbild der KSZE. Sind diese friedenspolitischen Forderungen nun überflüssig geworden? In der Friedensbewegung wird man das wohl eher nicht so sehen. Aber es fehlt nun eine Fortschreibung zur Konfliktentwicklung, wie sie im Monitoringprojekt ursprünglich vorgesehen war. Es fehlt die Kontinuität.

(3) Die dritte Wirkungsannahme betrifft Bedingungen, die geschaffen werden müssen, wenn überhaupt Wirkungen erzielt werden können. Im Sommer 2015 hat Andreas Buro daher angeregt, ein Weißbuch der Friedensbewegung zu erarbeiten und einen Entwurf vorzulegen, der auch Wege zu Deeskalation und friedlichem Konfliktaustrag beschreibt und Vorschläge zur Stärkung der Friedensfähigkeit Deutschlands enthält: etwa zur Umwandlung von Feindbildern in Realbilder, zum Ausbau von ZKB und – darauf kommt es ihm besonders an – zum Mentalitätswandel in der Gesellschaft in Richtung einer Friedensorientierung. Damit hat Andreas Buro erneut auf eine Lücke in der politischen Diskussion aufmerksam gemacht: Es geht eben bei ZKB nicht nur um Techniken, sondern auch um psychosoziale Bedingungen, unter denen sich Friedenshaltungen verbreiten, die Erwartungen im Hinblick auf den Einsatz solcher Techniken selbstverständlich machen. In den Worten von Andreas Buro geht es um einen sehr breiten „Sozialisationsprozess zu einer Kultur des friedlichen Konfliktaustrags, die auf allen Ebenen von Konflikten gelernt und eingesetzt werden kann. Die Einübung von ZKB in innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen anhand der friedenslogischen Prinzipien könne die Bereitschaft verstärken, für ZKB auch in außenpolitischen Konflikten einzutreten“.

Wer solche Wirkungsannahmen wie Beteiligung, Prozessentwicklung und Mentalitätswandel formuliert, denkt nicht in Legislaturperioden, sondern in langen, lebensübergreifenden Zeiträumen, trägt die erforderlichen Umwege mit Beharrlichkeit, freut sich über Blumen am Wegrand und vergisst in den Gedanken an das weite Friedensziel niemals zu gehen. Denn nur auf dem Weg lässt sich Veränderung erleben.

Ich schließe mit seiner großen Ermutigung, die Andreas Buro Anfang des Jahres zum Abschied formuliert hat. „Obwohl von den Herrschenden nicht beabsichtigt, konnte sich in dem Gewirr

von Papieren und Institutionen von Seiten der pazifistischen Kräften ein neuer Begriff einschleichen und schnell in großen Teilen der Welt verbreiten. ‚Zivile Konfliktbearbeitung‘ stieg auf zum Gegenkonzept des militärischen Konfliktaustrages. Ein riesiger Schritt! ... Viele sprechen von Friedenslogik, die die Kriegslogik in Frage stellt. Ein großer Prozess des Umdenkens und der Umorientierung ist im Gange, vielfältig, spannend, Mut fordernd und Ausdauer. Toll!“

Andreas Buro hat vorgemacht, wie man realistischer Optimist und optimistischer Realist bleiben und wie man Energien für eine Arbeit am Frieden gewinnen kann, um deren Auswirkungen man wahrscheinlich im eigenen Leben nicht wird wissen können. Die Energie kommt aus der Lebenshaltung: „Großartig dabei zu sein!“